

---

## **Haushaltsrede der Fraktionsgemeinschaft Freie Wähler Aalen - Doppelhaushalt 2026/2027**

**Gemeinderatssitzung am 27. November 2025**  
**Fraktionsvorsitzender Claus Albrecht**

***Sperrvermerk: Beginn der Rede***  
***Es gilt das gesprochene Wort***

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren!

Wir sprechen heute über den Doppelhaushalt unserer Stadt für die Jahre 2026 und 2027 – und ich will es gleich zu Beginn sagen: es ist ganz sicher kein Haushalt, den wir uns so gewünscht hätten. Es ist vielmehr ein Haushalt, der uns allen vor Augen führt, wie eng unsere finanziellen Spielräume geworden sind. Ja, die Gründe dafür sind vielschichtig.

So wissen wir zwischenzeitlich sicher, dass die erheblichen Verluste unserer Stadtwerke in ganz erheblichem Maße durch Missmanagement und kaufmännische Fehlentscheidungen des damaligen Geschäftsführers Trautmann verursacht wurden.

Die fristlose Kündigung war deshalb ein notwendiger und konsequenter Schritt im Sinne der Stadt, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und auch im Sinne der vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke und der Stadt, die jeden Tag gute Arbeit leisten.

Jetzt aber alles an den unglaublichen Verlusten unserer Stadtwerke festzumachen, wäre allerdings auch deutlich zu kurz gesprungen.

So sind die Erwartungen der neuen Bundesregierung aus CDU und SPD bezüglich einer schnellen Konjunkturerholung nicht erfüllt worden.

Vielmehr droht konjunkturell ein Herbst /Winter der Enttäuschungen und nicht der angekündigten Reformen.

Halten wir uns vor Augen:

1 Prozent Wirtschaftswachstum erhöht das Gesamtsteueraufkommen unseres Landes um jährlich 10 Mrd. Euro. Das von der Regierung groß angekündigte, aber nicht eingetretene Wirtschaftswachstum fehlt uns leider bei den Ausgleichszahlungen von Bund und Land.

Die Lage ist mittlerweile dramatisch und Deutschlands Wohlstand ist in Gefahr, so Ifo-Chef Clemens Fuest.

Unter diesen schwierigen Voraussetzungen ist es für unsere Fraktionsgemeinschaft höchst erstaunlich, aber umso erfreulicher, dass sich das prognostizierte Gewerbesteuer-Aufkommen für das Jahr 2026 mit 57 Millionen Euro und für 2027 mit 58 Millionen Euro beachtlich stabil zeigt.

Danke an dieser Stelle an alle Gewerbesteuer-Pflichtigen, die Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für ihre herausragende Arbeit.

Bei der Reform der Grundsteuer ist es uns gelungen, den Hebesatz so festzulegen, dass das politisch geforderte neutrale Grundsteuer-Aufkommen in Gänze erreicht wurde. Dies kann mit Sicherheit nicht jede Kommune von sich behaupten.

Dass Erhöhungen von Steuern keinen Beifall hervorrufen ist uns, glaube ich, allen sehr bewusst. Um aber einen genehmigungsfähigen Haushalt verabschieden zu können, der uns dann auch noch gewisse gestalterische Spielräume offenlässt, werden wir, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, der Erhöhung von Grundsteuer A und B zustimmen.

Gleichzeitig muss bei dieser Erhöhung aber auch berücksichtigt werden, dass wir seit 11 Jahren den Hebesatz konstant beibehalten haben.

Wir haben es bewusst vermieden, die Hebesätze der Inflation anzupassen.

Deshalb ist eine moderate Erhöhung erforderlich, damit wir auch weiterhin unsere Pflichtaufgaben zuverlässig erfüllen können und nicht an Qualität verlieren.

Wir fordern aber auch, dass uns die Verwaltung weitergehende Sparvorschläge zur Verbesserung des Ergebnishaushalts macht.

Denn die Schulden unserer Stadt und die damit einhergehende dauerhafte Zinsbelastung blockieren uns bei der Realisierung zukünftiger Aufgaben.

Aber: Sparen heißt nicht Kürzen um der Kürzung willen. Wir müssen differenzieren: Wo Kürzungen vertretbar sind, wo Reduktionen sinnvoll; und wo Ausgaben sogar nötig sind, weil sie langfristig Kosten senken oder Lebensqualität sichern.

So sollen die Schulden bis Ende 2027 auf über 127 Millionen Euro steigen. Dazu kommen dann noch 47 Millionen Euro Schulden für den neu zu gründenden Eigenbetrieb Bäder. Dies ergibt eine geschätzte jährliche Zinsbelastung ab 2028 von ca. 5,0 Millionen Euro.

So ist es für uns höchst alarmierend, dass die Aufwendungen der laufenden Verwaltungstätigkeiten die Erträge 2026 um 28 Millionen Euro übersteigen. Da auch zukünftig die geplanten Aufwendungen die Erträge übersteigen, haben wir volkswirtschaftlich eine überschuldete Stadt.

In diesem Zusammenhang kann es eben dann auch nicht sein, dass wir Eintrittspreise, Steuern und Gebühren erhöhen, bei wesentlichen Kosten aber nur spärlich den Rotstift anlegen. So fordern wir seit Jahren, dass wir bei den ungebremsten Steigerungen bei den Personalkosten eine Trendwende herbeiführen (in 7 Jahren fast verdoppelt!!).

### **Unser Antrag zum Thema Personal:**

Wir bitten um Überprüfung, wie und ob in den jeweiligen Abteilungen der Arbeitsaufwand und entsprechende Personalstellen in ausgewogenem Maße gegenüberstehen. Hier erwarten wir von der Verwaltung im ersten Halbjahr 2026 eine Darstellung, wie entsprechende Umsetzungen zu einem dauerhaft reduzierten Personaleinsatz führen kann.

Wir müssen unser Personal strukturell reduzieren, das heißt, die Mitarbeiterzahl auf ein erträgliches Maß zurückführen. Dazu sollen auch die einzelnen Ämter selbst Vorschläge erarbeiten.

Es muss dringend wirtschaftlich und nicht nur politisch gehandelt werden. Wenn wir hier jetzt weiter zögern, verspielen wir nicht nur finanziellen Spielraum, sondern auch die Zukunft. In diesem Zusammenhang bleibt uns Ausbildung weiterhin wichtig.

Wir beantragen weiter strukturelle Einsparungen bei den Personalkosten in Höhe von 4 Millionen Euro jährlich. Dies entspricht 5 Prozent der geplanten Personalaufwendungen.

## **Thema Freiwilligkeitsleistungen:**

Wir müssen unsere Freiwilligkeitsleistungen kritisch prüfen – selbstredend mit Maß und Ziel.

### **Wir beantragen:**

Alle Freiwilligkeitsleistungen werden auf den Prüfstand gestellt. Dabei orientieren wir uns an Durchschnittswerten vergleichbarer Kommunen – sowohl was Ausgaben als auch Leistungen betrifft. Nur so lässt sich objektiv feststellen, ob wir über oder unter Niveau liegen, und wo gegebenenfalls Einsparpotenzial besteht.

Wir bitten die Verwaltung, dem Gemeinderat im ersten Halbjahr 2026 aufzuzeigen, welche Freiwilligkeitsleistungen von der Stadt bisher übernommen werden.

Wir erwarten darüber hinaus ein Grundkonzept von allen Amtsleitungen, wie Freiwilligkeitsleistungen in die Zukunft gerichtet – mit notwendigem Einsparpotential – aussehen können.

## **Thema Bildung und Betreuung:**

Wir sagen „Ja“ zu Investitionen in Bildung und Betreuung.

### **Wir beantragen:**

Beim Bau allgemein, insbesondere aber bei Kita-Neubauten, fordern wir den gesetzlich vorgegebenen Standard zu erfüllen. Prachtbauten und Luxusausführung können wir uns nicht leisten, und es muss auch nicht sein.

Und trotzdem – oder gerade deswegen – dürfen wir jetzt nicht kleinmütig werden. Unsere Kinder, unsere Jugendlichen, ihre Bildung, ihre Betreuung sind unser zentrales Pfand für die Zukunft.

## **Thema Verkehrsführung sowie Sanierung maroder Straßen:**

Ich möchte an dieser Stelle an unseren letztjährigen Antrag erinnern.  
Wann werden unsere maroden Straßen saniert?

Beispielhaft nennen wir einen mehr als dringenden Sanierungsfall – den Westlichen Stadtgraben beim Schlachthofparkhaus. Wann wird diese Straße endlich gerichtet?

Der Westliche Stadtgraben gehört zum wichtigen ausgeschilderten Innenstadt-Ring. Er ist maßgeblich verantwortlich für die gute Erreichbarkeit der City.

Wir beantragen zu prüfen, wie eine einheitliche Geschwindigkeits- und Vorfahrtsregelung für den gesamten Innenstadt-Ring aussehen kann und schlagen vor, lieber einheitlich 40 km/h, als ein Flickenteppich mit 20, 30 oder 50 km/h.



## **Thema Investitionen:**

Trotz knapper Kassen investieren wir weiter in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz. Denn diese Investitionen sind für unsere Fraktionsgemeinschaft kein Luxus, sondern die Grundlage für eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt Aalen.

Wir werden 2026 knapp 50 Millionen Euro investieren. Das zeigt in herausragender Art und Weise, dass wir zum einen unsere Zukunft nicht aus den Augen verlieren, aber andererseits auch deutliche Einsparmaßnahmen im Vergleich zu den Vorjahren umsetzen wollen.

## **Thema Klimawandel:**

Der Klimawandel ist längst keine abstrakte Zukunftsfrage mehr – er betrifft uns hier vor Ort. Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hochwasser oder lange Hitzeperioden stellen unsere Stadt vor große Herausforderungen.

## **Unser Antrag:**

Deshalb fordern wir von der Verwaltung, den schon im letzten Jahr zugesagten Notfallplan für alle Aalener Bürgerinnen und Bürger endlich zu erstellen. Wir brauchen funktionierende Notfall- und Alarmpläne sowie Hitzeaktionspläne für besonders gefährdete Gruppen. All' diese Maßnahmen sind keine Kür, sondern Pflicht – sie sichern unsere Lebensqualität und schützen Menschenleben.

## **Thema Innenstadtentwicklung:**

Eine starke Innenstadt gelingt nur gemeinsam - mit Handel, Gastronomie, Eigentümern und den Bürgerinnen und Bürgern. Wenn alle an einem Strang ziehen (in die gleiche Richtung) kann unsere Innenstadt neue Strahlkraft entfalten.

Wer eine lebendige Innenstadt will, muss sie erreichbar und erlebbar machen – mit ausreichend großem Parkplatzangebot – gute Mobilität ist auch für die Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt der Schlüssel zu neuem Leben im Zentrum.

Für mehr Sicherheit und Sauberkeit fordern wir, kritische Straßen und Plätze – sofern rechtlich möglich – schnellstmöglich mit einer Video-Überwachung auszustatten.

## **Thema bezahlbarer Wohnraum:**

Angesichts der angespannten Wohnungssituation ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eine der zentralen Aufgaben unserer Stadt. Mit unserer eigenen Wohnbaugesellschaft haben wir ein starkes Instrument an der Hand.

## **Unser Antrag:**

Wir müssen in den kommenden Jahren gezielt Grundstücke sichern, Neubauten realisieren und bestehende Gebäude modernisieren – alles mit dem Ziel, Bürgerinnen und Bürgern mit mittlerem und geringerem Einkommen echten Mehrwert zu bieten.

Dabei müssen wir konsequent Förderprogramme nutzen.

## **Thema Baugebiet Tannenwäldle:**

Wir beantragen, weitere Stellplätze auf jedem Baugrundstück im Tannenwäldle – oberirdisch oder in Tiefgaragen – zuzulassen.

Die weiteren Regelungen insbesondere bezüglich Quartiersgarage bleiben erhalten.

Diese Maßnahme wird die Vermarktung – insbesondere der Grundstücke für den Geschosswohnungsbau – erheblich verbessern, sowie wildes Parken in umliegenden Wohnquartieren sowie am Hirschbachbad verhindern.

## **Thema Sportförderung:**

Sport und Vereine sind zentraler Bestandteil unserer Stadtgesellschaft. Sie fördern besonders Gesundheit, Engagement und Gemeinsinn.

Wir haben bisher einen hohen Zuschuss ohne Obergrenze für förderfähige Projekte gewährt – wohlgemerkt aus tiefer Überzeugung.

Um dauerhaft finanzierbar zu bleiben und gleichzeitig fair gegenüber allen Sportvereinen und Förderprojekten beantragen wir, die Sportförderung weiterhin großzügig zu gestalten, jedoch mit klaren Begrenzungen zu versehen – so wie es beispielsweise auch der Württembergische Landessportbund praktiziert.

## **Unser Antrag:**

Wir schlagen einen städtischen Zuschuss von 25 Prozent der zuschussfähigen Kosten vor bis zu einer Obergrenze, wie er für einzelne Maßnahmen auch vom WLSB gewährt wird.

## **Thema Gewerbegebiet:**

Wir hatten schon in unserer letztjährigen Haushaltsrede die Ausweisung weiterer Gewerbe- und Industrieflächen auf unserer Gemarkung gefordert. Leider Fehlanzeige!

Dabei haben wir nur noch eine Handvoll Gewerbegrundstücke im Besitz der Stadt. Sonst setzen wir Wachstum und zukünftige Gewerbeentwicklung aufs Spiel. Wenn Gewerbeflächen zu Wohnraum umgewidmet werden, müssen an anderer Stelle neue Gewerbegebiete entstehen (z. B. SDZ).

Wer Arbeitsplätze bieten will, braucht Raum – für Produktion, Lager, Handwerk oder Dienstleistungen. Unternehmen schauen mitunter zuerst auf verfügbare Gewerbeflächen, gute Verkehrsanbindung und Standortbedingungen. Wenn wir da nicht mitziehen, landen neue Investoren in anderen, konkurrenzfähigeren Kommunen.

## **Thema barrierefreier Waldfriedhof:**

Unser Waldfriedhof leistet einen wertvollen Dienst – er ist Ort der Trauer, des Gedenkens und auch der Ruhe.

Doch leider sind einige Grabfelder, insbesondere die mit kleineren Urnengräbern, nicht barrierefrei zugänglich. Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Senioren oder Rollstuhl-, Rollator-Nutzer(innen) entstehen dadurch unüberwindbare Hindernisse.

### **Wir beantragen:**

Bei der Anlage neuer Grabfelder ist künftig zwingend auf vollständige Barrierefreiheit zu achten. Wege, Zugänge, Untergründe und Eingänge sollen so gestaltet sein, dass sie ohne Hindernisse begangen werden können.



## Schluss

Zum Schluss möchte ich allen „Danke“ sagen, die an diesem anspruchsvollen Haushaltsplanentwurf mitgearbeitet haben. Besonders aber auch den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die mit spürbaren Einschnitten zu rechnen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
wir stehen vor sehr ernsten Herausforderungen. Die Verwaltung erwartet für 2026 ein Haushaltsdefizit von rund 20 Millionen Euro und 2027 von rund 15 Millionen Euro.

Doch all‘ das darf uns nicht lähmen. Im Gegenteil – es verlangt nach Entschlusskraft, nach gemeinsamem Handeln und auf den Blick gemeinsamer Prioritäten.

Wir können und wollen nicht kleinreden, was uns erwartet – aber wir dürfen jetzt auch nicht klein denken.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

---

# Haushaltsanträge der Freien Wähler Aalen

## In der Haushaltsrede vorgetragen:

### Thema Personal:

#### 1. Antrag:

Wir bitten um Überprüfung, wie und ob in den jeweiligen Abteilungen der Arbeitsaufwand und entsprechende Personalstellen in ausgewogenem Maße gegenüberstehen. Hier erwarten wir von der Verwaltung im ersten Halbjahr 2026 eine Darstellung, wie entsprechende Umsetzungen zu einem dauerhaft reduzierten Personaleinsatz führen kann.

Wir beantragen weiter strukturelle Einsparungen bei den Personalkosten in Höhe von 4 Millionen Euro jährlich. Dies entspricht 5 Prozent der geplanten Personalaufwendungen.

### Thema Freiwilligkeitsleistungen:

#### 2. Antrag:

Alle Freiwilligkeitsleistungen werden auf den Prüfstand gestellt. Dabei orientieren wir uns an Durchschnittswerten vergleichbarer Kommunen – sowohl was Ausgaben als auch Leistungen betrifft. Nur so lässt sich objektiv feststellen, ob wir über oder unter Niveau liegen, und wo gegebenenfalls Einsparpotenzial besteht.

Wir bitten die Verwaltung, dem Gemeinderat im ersten Halbjahr 2026 aufzuzeigen, welche Freiwilligkeitsleistungen von der Stadt bisher übernommen werden.

Wir erwarten darüber hinaus ein Grundkonzept von allen Amtsleitungen, wie Freiwilligkeitsleistungen in die Zukunft gerichtet – mit notwendigem Einsparpotential – aussehen können.

### **Thema Bildung und Betreuung:**

#### **3. Antrag**

Beim Bau allgemein, insbesondere aber bei Kita-Neubauten, fordern wir den gesetzlich vorgegebenen Standard zu erfüllen. Prachtbauten und Luxusausführung können wir uns nicht leisten, und es muss auch nicht sein.

### **Thema Verkehrsführung sowie Sanierung maroder Straßen:**

#### **4. Antrag**

Wir erinnern an unseren letztjährigen Antrag.

Wann werden unsere maroden Straßen saniert?

Beispielhaft nennen wir einen mehr als dringenden Sanierungsfall – den Westlichen Stadtgraben beim Schlachthofparkhaus. Wann wird diese Straße endlich gerichtet?

Wir beantragen zu prüfen, wie eine einheitliche Geschwindigkeits- und Vorfahrtsregelung für den gesamten Innenstadt-Ring aussehen kann und schlagen einheitlich 40 km/h vor.

**Thema Klimawandel:****5. Antrag**

Deshalb fordern wir von der Verwaltung, den schon im letzten Jahr zugesagten Notfallplan für alle Aalener Bürgerinnen und Bürger endlich zu erstellen. Wir brauchen funktionierende Notfall- und Alarmpläne sowie Hitzeaktionspläne für besonders gefährdete Gruppen. All‘ diese Maßnahmen sind keine Kür, sondern Pflicht – sie sichern unsere Lebensqualität und schützen Menschenleben.

**Thema Innenstadtentwicklung:****6. Antrag**

Wer eine lebendige Innenstadt will, muss sie erreichbar und erlebbar machen – mit ausreichend großem Parkplatzangebot – gute Mobilität ist auch für die Bewohnerinnen und Bewohner der Innenstadt der Schlüssel zu neuem Leben im Zentrum.

Für mehr Sicherheit und Sauberkeit fordern wir, kritische Straßen und Plätze – sofern rechtlich möglich – schnellstmöglich mit einer Video-Überwachung auszustatten.

**Thema bezahlbarer Wohnraum:****7. Antrag**

Wir müssen in den kommenden Jahren gezielt Grundstücke sichern, Neubauten realisieren und bestehende Gebäude modernisieren – alles mit dem Ziel, Bürgerinnen und Bürgern mit mittlerem und geringerem Einkommen echten Mehrwert zu bieten.

## **Thema Baugebiet Tannenwäldle:**

### **8. Antrag**

Wir beantragen, weitere Stellplätze auf jedem Baugrundstück im Tannenwäldle – oberirdisch oder in Tiefgaragen – zuzulassen.

Die weiteren Regelungen insbesondere bezüglich Quartiersgarage bleiben erhalten.

## **Thema Sportförderung:**

### **9. Antrag**

Wir schlagen einen städtischen Zuschuss von 25 Prozent der zuschussfähigen Kosten vor bis zu einer Obergrenze, wie er für einzelne Maßnahmen auch vom WLSB gewährt wird.

## **Thema Gewerbegebiet:**

### **10. Antrag**

Wir hatten schon in unserer letztjährigen Haushaltsrede die Ausweisung weiterer Gewerbe- und Industrieflächen gefordert.

Wenn Gewerbeflächen zu Wohnraum umgewidmet werden, müssen an anderer Stelle neue Gewerbegebiete entstehen.

(z. B. SDZ).

## **Thema barrierefreier Waldfriedhof:**

### **11. Antrag**

Bei der Anlage neuer Grabfelder ist künftig zwingend auf vollständige Barrierefreiheit zu achten. Wege, Zugänge, Untergründe und Eingänge sollen so gestaltet sein, dass sie ohne Hindernisse begangen werden können.

Die Friedhofsordnung ist dahingehend zu ändern.

**In der Haushaltsrede nicht vorgetragen:**

### **12. Antrag**

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Einführung der Grundsteuer C bitten wir abzulehnen.